

Aufklären oder ausblenden?

Harald Bergsdorf

Einige Fernsehjournalisten schienen nach den NPD- beziehungsweise DVU-Erfolgen jüngst in Sachsen beziehungsweise Brandenburg ziemlich unvorbereitet: Als sich die rechtsextremen Demagogen am Wahlabend äußerten, reagierten ihre Interviewer von ARD und ZDF wie ein „aufgescheuchter Hühnerhaufen“ (Hellmuth Karasek). Wie umgehen mit rechtsextremen Populisten im Fernsehen? Aufklären oder ausblenden? Peter Glotz plädiert für Aufklärung: Er will rechtsextreme Demagogen in offenen, direkten Auseinandersetzungen (stärker) demaskieren. Sein Motto dabei lautet: „Wir sind in allem verschiedener Meinung, ausgenommen die gegenseitige Achtung und Fähigkeit, unsere Differenzen zu erörtern.“ Deshalb diskutierte Glotz, Verfasser eines lesenswerten Buches über Rechtsextremismus, nach der Wahl in Sachsen im Fernsehsender N24 mit dem NPD-Chef und Diplom-Politologen Udo Voigt.

Intelligente Enttarnung

Glotz enttarnte in seiner Diskussion mit Voigt dessen Äußerungen und deren Konnotationen. So nutzte Glotz die trickreiche Bemerkung Voigts, er halte Hitler deshalb für einen großen Staatsmann, weil der Diktator große Veränderungen herbeigeführt habe, um an dessen Angriffskrieg und massenhaften Judenmord zu erinnern. Voigts faktenferne Behauptung, deutsche Politiker ignorierten das Leid deutscher Opfer im Zweiten Weltkrieg, widerlegte Glotz, indem er auf das

Engagement deutscher Politiker gegen Vertreibungen ebenso hinwies wie auf Besuche deutscher Politiker auch auf deutschen Soldatenfriedhöfen. Als der NPD-Chef bestritt, ein Judenfeind zu sein, präsentierten seine wohl präparierten Diskussionspartner Glotz und Claus Strunz, Moderator der Sendung, ein jüngeres NPD-Flugblatt, auf dem es heißt: „Den Holocaust hat es nie gegeben.“ Dabei handelt es sich zwar um ein Zitat einer Initiative für das Holocaust-Denkmal, doch die Stelen des Denkmals eignen sich, wie NPD-Chef Voigt jüngst erklärte, als Fundament einer neuen Reichskanzlei – die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Allerdings konnte Voigt in der Sendung auch kaum widersprochen erklären, Deutschland verkomme zu einem fremdbestimmten Land. In Wirklichkeit hat Deutschland zum einen, gerade seit 1990, an Souveränität gewonnen; zum anderen kann ein Nationalstaat heute viele Herausforderungen nur noch in Kooperation mit anderen meistern und damit stark bleiben. Als Glotz und Strunz dem NPD-Chef vorhielten, seine Partei entwickle sich zum Sammelbecken für Schläger, entgegnete Voigt, ähnlich wie die rotgrüne Bundesregierung betreibe die NPD „Resozialisierung“ – doch es macht nach wie vor einen Unterschied, ob tatsächlich beziehungsweise angeblich geläuterte Schläger (oder Funktionäre eines totalitären Regimes) zu einer demokratischen Partei wechseln oder zu einer extremistischen Kraft.

Auch wenn die Sendung für den NPD-Chef zu keinem Desaster geriet, kürte die Bildzeitung Glotz nach der Sendung zum „Gewinner des Tages“, der Voigts Parolen „zerfetzte“. „Klarer Punktsieg für die Demokratie“, lautete die Bilanz des Massenblattes. Glotz gelang es, Voigts Versuche, sich selbst zu verharmlosen, weitgehend zu konterkarieren. Andere Journalisten, die mit rechtsextremen Demagogen debattierten, überschätzten sich – und unterschätzten ihre Gesprächspartner: So diskutierte Thomas Gottschalk 1992 im Fernsehsender RTL mit Franz Schönhuber.

Gefährliche Unterschätzung

Der Entertainer bot dem rechtsextremen Politiker die gute Gelegenheit, sich einem Millionenpublikum zu präsentieren. Vor laufender Kamera und Mikrofonen erklärte der damalige REP-Chef, er verabscheue Gewalt und Nationalismus. Die REP bekämpften sogar Ausländer-Hass und garantierten Recht und Ordnung. Angeblich gebe es auch keine „Antisemiten“ bei den REP. Doch rückten die Medien seine Partei gerne in ein falsches Licht. Gottschalk zeigte sich weit überfordert. In der Sache konnte er dem rechtsextremen Fernsehprofi Schönhuber kaum etwas entgegenhalten. Vor allem versagte Gottschalk davor, frühere Äußerungen Schönhubers zu thematisieren und zu entschlüsseln.

Beispielsweise hatte sich Schönhuber mehrfach apologetisch über das „Dritte Reich“ geäußert. So hatte er in einem Buch behauptet, Hitler habe sich in den Zweiten Weltkrieg treiben lassen. Auch hatte er einmal Juden als „Stinker“ bezeichnet (Verfassungsschutzbericht Bayern, 1994, Seite 18). Im Interview mit Gottschalk betonte der langjährige REP-Chef in einer trickreichen Formulierung, er verabscheue die millionenfache Ermordung von Juden im Dritten Reich deshalb, weil Hitler damit Deutschland

in eine „Katastrophe“ geführt habe und „Antisemitismus“ heute zum „Untergang“ Deutschlands führen werde.

Auch der *Spiegel* zeigte sich 1994 in einem Interview mit Schönhuber unfähig, dessen trickreiche Formulierungen zu enthüllen. Ähnlich wie Hitler, der die Attentäter des 20. Juli 1944 bekanntlich eine „kleine Clique ehrgeiziger ... Offiziere“ genannt hatte, befand Schönhuber in diesem *Spiegel*-Interview, seine innerparteilichen Gegner bildeten „eine kleine Clique ehrgeiziger Funktionäre“. Diese Formulierung Schönhubers thematisierten und entschlüsselten die Redakteure des *Spiegel* im weiteren Verlauf des Interviews mit keinem Wort.

Gottschalk hatte die Auseinandersetzung mit Schönhuber nach ausländerfeindlichen Morden gesucht. In direkter Konfrontation mit Schönhuber wollte der Entertainer ein Zeichen setzen gegen xenophobe Menschenverachtung. Sein hehres Ziel verfehlte Gottschalk nach der Auffassung zahlreicher Kommentatoren deutlich: Er zeigte sich schlecht vorbereitet und bot kaum mehr als „Betroffenheit“, „charmante Ahnungslosigkeit“ und „hilflose Appelle an die Menschlichkeit“. Vor der Sendung hatte Gottschalk offenbar die wenig vergnügliche Aufgabe umschifft, sich gründlich statt nur oberflächlich auf seinen Gast, dessen Vorleben, Politik und Partei vorzubereiten.

Gesinnung statt Urteilskraft

Micha Guttman vom Zentralrat der Juden in Deutschland qualifizierte das Verhalten Gottschalks als Verstoß „gegen jede journalistische Ethik“. Weil es Gottschalk misslungen sei, den „Biedermann“ Schönhuber als „geistigen Brandstifter“ zu entlarven, nannte ein SPD-Politiker den Talkmaster sogar „Bildschirmtäter“. Immerhin hatte Gottschalk in der Sendung offen eingestanden: „Wir wollen doch hier nicht politisch diskutieren. Das

Der österreichische Rechtspopulist Jörg Haider (FPÖ) war am 6. Februar 2000 in Berlin zu Gast bei dem schlecht vorbereiteten Erich Böhme in der n-tv-Talkshow „Talk in Berlin“. Ein mahndendes Beispiel für die Gefahr eines leichtfertigen Umganges mit Rechtsradikalismus in den Medien.

© dpa, Fotograf: Peter Grimm



kann ich nicht.“ In seinem Gespräch mit Schönhuber offenbarte Gottschalk, frei nach Hermann Lübke, eher Gesinnung als Urteilskraft. Schönhuber bedankte sich schließlich für den „Glücksfall dieser Sendung“, die für Gottschalk einen Reinfall bedeutete.

Wie maliziös extremistische und populistische Politiker im Fernsehen auftreten können, unterstreicht Jörg Haiders Auftritt beim früheren Spiegel-Chefredakteur Erich Böhme vor einigen Jahren: Ein Diskutant wollte von Haider wissen, wie er zu einem FPÖ-Politiker stehe, der geäußert haben solle, „man“ müsse Kindern verbieten, den Film Schindlers Liste zu schauen. Es solle sich dabei um den FPÖ-Mann Walter Rauter gehandelt haben. Haider entgegnete, diesen Walter Rauter gebe es nicht in der FPÖ und habe es in der FPÖ nie gegeben. Damit war dieses Thema in der Sendung des überforderten Böhme

erledigt. Es schien, als habe der FPÖ-Star spektakulär gepunktet. Offenbar hatte Haider seine Widersacher blamiert beziehungsweise diese sich selbst. Tatsächlich stammt die inkriminierte Äußerung von einem Mann, der nicht Walter Rauter heißt, sondern Wolfgang Rauter, dem langjährigen FPÖ-Klubobmann, das heißt Fraktionsvorsitzenden, im Burgenland. Deshalb: Auf solche Halbwahrheiten und Tricks muss vorbereitet sein, wer in Debatten mit Extremisten und Populisten punkten will. Doch Böhme hatte kritischen Journalismus nur simuliert, wie auch andere Passagen seines Gesprächs mit Haider zeigten.

Informationspflicht der Medien

So schwierig der Umgang mit extremistischen beziehungsweise populistischen Politikern sein mag: Zu den legitimen Rechten jeder relevanten Partei gehört es,

sich auch im Fernsehen zu präsentieren – bereits Voltaire bemerkt: „Ich hasse Ihre politischen Vorstellungen, doch ich würde mich töten lassen, damit Sie das Recht behalten, sie vorzutragen.“ Nach einem „antifaschistischen“ Brandanschlag gegen die Wochenzeitung *Junge Freiheit* verteidigte deshalb – neben Peter Gauweiler – Daniel Cohn-Bendit die „Freiheit der Medien“: „Wenn ich gegen die Todesstrafe bin, muss ich auch gegen die Todesstrafe für Eichmann sein ... Wer wirklich für ein Prinzip eintritt, muss es auch tun, wenn es schmerzt.“

Tatsächlich gründet die freiheitliche Demokratie gerade auch auf Parteienpluralismus und Meinungsvielfalt; beide mögen zwar mitunter unbequem sein, sind aber in der freiheitlichen Demokratie unverzichtbar, zumindest grundsätzlich. Klaus Bresser, ZDF-Journalist, betont deshalb die Informationspflicht der Massenmedien. WDR-Intendant Pleitgen ergänzt, Journalisten seien keine „Ersatzpolitiker“. Doch um sich antifaschistisch zu profilieren, diskutierte der ZDF-Mann Ruprecht Eser einst zwar mit einem rechtsextremen Politiker, weigerte sich allerdings, ihn vor seinem Interview zu begrüßen.

Der Publizist Horst Meier hält die Zeitschrift *Junge Freiheit* zwar – mit einigen guten Argumenten – für „Unfug“. Doch fragt er nach dem Brandanschlag gegen diese Zeitschrift, frei nach Rosa Luxemburg, der Antidemokratin: Sind rechtsextreme Parteien und Politiker „keine ‚Andersdenkenden‘, sondern bloß ‚Schwachdenkende‘, die ihre Freiheit frech missbrauchen?“ Offenkundig, so Horst Meier, „haben wir es hier mit einer Art von ‚Streitkultur‘ zu tun, die am Streit vor allem eines interessiert: wie man andere von diesem ausschließen kann“.

Fördern oder hemmen

Ohnehin ist das Fernsehen üblicherweise außer Stande, einen Rechtsextremisten

zu „machen“; es kann ihn allenfalls fördern oder hemmen. Entscheidend sind die Wertmaßstäbe der Wahlberechtigten und ihre Stimmabgabe beziehungsweise Wahlabstinenz. Doch zuweilen fordern jene, die für einen Medien-Boykott gegen rechtsextreme und -populistische Politiker und Parteien (oder gar für ein entsprechendes Parteiverbot) eintreten, mehr direkte Bürgerbeteiligung durch Plebiszite und mehr „Selbstbestimmung“ der Bürger, weil diese ernst zu nehmen seien – um dann aber viele, brisante Themen von Volksabstimmungen wieder auszuschließen. Wer im Übrigen rechtsextreme Parteien, solange diese unverboden sind, grundsätzlich aus dem Fernsehen verbannen will beziehungsweise verbannt, auch wenn sie politische Relevanz erlangt haben, bietet den Leitfiguren der betroffenen Parteien auch noch die Chance, sich als Hüter der Pressefreiheit zu gerieren.

Fazit: Es gilt, rechtsextreme Populisten dann, wenn sie nach ihren Wahlerfolgen im Fernsehen diskutieren, wohl vorbereitet, sachlich und präzise zu befragen, um sie stärker zu enttarnen, gleichermaßen jenseits von Dramatisierung und Verharmlosung. Ziel muss es sein, mit solcher Aufklärung manchen verirrten Wähler rechtsextremer Kräfte zu den verfassungstreuen Parteien zurückzuführen – es gibt zwar einfachere, aber auch schwierigere Aufgaben. Wer sich allerdings wie Gottschalk oder Böhme von rechtsextremen Demagogen vorführen lässt, schadet wahrscheinlich dem Anliegen, die Feinde der Demokratie zurückzudrängen. Doch so bedeutsam es ist, rechtsextreme Demagogen inhaltlich zu widerlegen: Wichtiger bleibt es, differenziert jene schwierigen Probleme zu lindern oder zu lösen, deretwegen rechtsextreme Vereinfacher punkten (können) – gewiss leichter gesagt als getan.